INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Das Unbehagen am Kapitalismus

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 45 vom 22. Februar 2012

I N H A L T

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 45 vom 22. Februar 2012, S. 5, unter dem Titel:

"Das Unbehagen am Kapitalismus.
Die Bezeichnungen des Wirtschaftssystems rufen unterschiedliche Stellungnahmen hervor.
Die Leistungsfähigkeit des Systems hat aber insgesamt überzeugt."

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Verständnis für Occupy-Demonstrationen in New York
	A	2	'Kapitalismus' und 'Marktwirtschaft' sind nicht das Gleiche
	A	3	Ist die Marktwirtschaft nicht mehr zeitgemäß?
	A	4	Assoziationen zu 'Kapitalismus' haben sich geändert
	A	5	Die Kritik am Wirtschaftssystem sieht heute anders aus
	A	6	Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung
	A	7	Meinung zum Wirtschaftssystem
	A	8	Grundsätzlich wird das Wirtschaftssystem von den meisten nicht in Frage gestellt
	A	9	Mehr staatliche Eingriffe notwendig?
	A	10	Hauptursache der Krise: hohe Staatsverschuldung der Mitgliedsländer
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Kapitalismuskritik
		2	Kapitalistisches System?
		3	Assoziationen zu Kapitalismus und Marktwirtschaft
		4	Kritik am deutschen Wirtschaftssystem
		5	Wieder wachsende Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage
		6	Wachsender Rückhalt für das Wirtschaftssystem

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

Das Unbehagen am Kapitalismus

In den letzten Monaten gab es auffällige Signale einer neuen grundlegenden Kritik an Wirtschaft und Banken bis hin zu Zweifeln an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems. In den USA formiert sich die Occupy-Wall-Street-Bewegung; in Deutschland erklärten führende SPD-Politiker die Finanzmärkte zu ihren eigentlichen Gegnern und die Bändigung des Finanzkapitalismus zur wesentlichen Herausforderung; in Davos überraschte Klaus Schwab, der Gründer des Wirtschaftsgipfels, sein Publikum mit dem Verdikt, in seiner heutigen Form passe der Kapitalismus nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt.

In der Bevölkerung treffen solche Proteste und Kritik durchaus auf breite Zustimmung. So sind 71 Prozent überzeugt, dass die Macht der Banken und das soziale Ungleichgewicht in den USA Gegenbewegungen und Demonstrationen geradezu zwangsläufig herausfordern. Bemerkenswerter ist jedoch, dass sich fast die Hälfte der Bürger auch Schwabs pauschaler Kapitalismuskritik anschließt, während lediglich 18 Prozent dezidiert widersprechen.

Tabelle A 1

Schaubild 1

Aber was genau bedeutet diese Zustimmung, wogegen richtet sich das Unbehagen? In dem Wirtschaftslexikon von Gabler wird Kapitalismus als "historisierende und wertende Bezeichnung für die neuzeitlichen kapitalistischen Marktwirtschaften mit dominierendem Privateigentum an Produktionsmitteln und dezentraler Planung des Wirtschaftsprozesses" umschrieben. Aber haben die Kritiker ernsthaft im Sinn, das Privateigentum in der Wirtschaft in Frage zu stellen, einer zentralen Planung der Wirtschaft das Wort zu reden und die auf freiem Unternehmertum fußende Marktwirtschaft zur Disposition zu stellen?

Für die große Mehrheit der Bevölkerung sind Kapitalismus und Marktwirtschaft nicht das Gleiche. Entsprechend fällt die Reaktion auf die pauschalen Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems auch deutlich anders aus, wenn der Begriff Kapitalismus durch Marktwirtschaft ersetzt wird. Während 48 Prozent zustimmen, der Kapitalismus sei in seiner derzeitigen Form nicht mehr zeitgemäß, fällen (immerhin) 24 Prozent über die Marktwirtschaft dieses Verdikt. Bemerkenswert ist die große Unsicherheit bei der Beantwortung dieser Frage: Nur 39 Prozent widersprechen dezidiert, 37 Prozent sind unschlüssig. Und obwohl die große Mehrheit zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft Unterschiede sieht, steht für 66 Prozent außer Frage, dass

Tabelle A 2

Schaubild 1

Tabelle A 3

Schaubild 2

auch das deutsche Wirtschaftssystem ein kapitalistisches System ist.

Auch die Assoziationen zu Kapitalismus ähneln in weiten Teilen den Gedankenverbindungen, die die Bürger zu Marktwirtschaft herstellen. Die große Mehrheit assoziiert mit beiden Begriffen Gewinnstreben, Gier, soziale Ungleichgewichte, aber auch Privateigentum, Unternehmergeist und Leistung, auch Wirtschaftskrisen, aber gleichzeitig Wachstum und Wohlstand. Kapitalismus wird mehr als die Marktwirtschaft mit sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und Gier assoziiert, Marktwirtschaft stärker mit Fortschritt, Freiheit, Wachstum und Verantwortungsgefühl.

Schaubild 3

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Assoziationen zu beiden Begriffen, aber besonders ausgeprägt zu Kapitalismus, verändert. 1992, als die Erinnerung an die Konkurrenz von Kapitalismus und Sozialismus noch lebendig war, assoziierten 48 Prozent Kapitalismus mit Freiheit, heute nur noch 27 Prozent. Assoziationen mit Fortschritt sind im selben Zeitraum sogar von 69 auf 38 Prozent zurückgegangen, Gedankenverbindungen mit Ausbeutung dagegen von 66 auf 77 Prozent angestiegen.

Tabelle A 4

Vergegenwärtigt man sich, dass die große

Mehrheit das deutsche Wirtschaftssystem durchaus als ein kapitalistisches einordnet und eine grundlegende Kritik an der Marktwirtschaft auf eine sehr diffuse Reaktion trifft, liegt es nahe, die Signale der letzten Monate als Beginn einer breiteren systemkritischen Bewegung zu interpretieren.

Die Bürger sehen durchaus Anlass zu Kritik. Sie monieren vor allem die Einkommensunterschiede, die nach Meinung von 70 Prozent zu groß sind, die Risiken, sozial abzusteigen, den Leistungsdruck und die Unsicherheit der Arbeitsplätze. Dabei wird nur begrenzt zwischen Unsicherheit und unzureichenden Garantien getrennt: 62 Prozent halten die Unsicherheit der Arbeitsplätze für zu groß, 49 Prozent kritisieren, dass es keine Arbeitsplatzgarantie wie in sozialistischen Systemen gibt. Die Mehrheit moniert auch die Veränderungen von Perspektiven und Mentalität in einem marktwirtschaftlichen System: So haben 58 Prozent den Eindruck, der Mensch werde nur noch als Produktionsfaktor Arbeit betrachtet, aber nicht als Mensch. 50 Prozent werfen der Marktwirtschaft vor, sie fördere Egoismus und Ellbogenmentalität. Fast jeder Zweite sieht in der Marktwirtschaft auch ein System, das die Starken begünstigt und in dem die Schwachen auf der Strecke bleiben.

Tabelle A 5

Die Kritik am Wirtschaftssystem hat sich in

den letzten Jahren verändert – jedoch in eine Richtung, die die neuen Systemkritiker eher als Nachhut einer Bewegung erscheinen lassen, die noch in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts weitaus mehr Resonanz hatte. 2005, nach den Jahren der Wachstumsschwäche, war Kritik an den Unsicherheiten eines marktwirtschaftlichen Systems wesentlich verbreiteter als heute, genauso die Vorwürfe, die Marktwirtschaft fördere Egoismus, der harte Konkurrenzdruck gefährde viele Unternehmen und Leistung lohne sich zu wenig. So kritisierten 2005 59 Prozent, dieses Wirtschaftssystem sei generell zu sehr mit Risiken verbunden, ein Vorwurf, den heute nur noch 32 Prozent erheben. Die Überzeugung, die Marktwirtschaft begünstige die Starken, während die Schwachen auf der Strecke bleiben, ging von 62 auf 48 Prozent zurück, die Sichtweise, dass das System Egoismus und Ellbogenmentalität fördere, von 64 auf 50 Prozent.

Tabelle A 5

Vor allem in einer Hinsicht wird das Wirtschaftssystem heute von den Bürgern völlig anders beurteilt als in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts: in Bezug auf seine Leistungsfähigkeit und Effizienz. 2005, nach Jahren kontinuierlich steigender Arbeitslosigkeit, erhoben 55 Prozent der Bevölkerung den Vorwurf, dieses Wirtschaftssystem sei nicht leistungsfähig genug, heute dagegen nur noch 8 Prozent. Auch die Kritik, Leistung lohne sich im Rahmen dieses Systems zu wenig, ist steil

Schaubild 4

zurückgegangen.

Ludwig Erhard wies einmal nüchtern darauf hin, dass man kaum erwarten könne, dass die Menschen ein marktwirtschaftliches System grundsätzlich aufgrund seiner Freiheitsspielräume unterstützen, sondern dass der wirtschaftliche Erfolg und die möglichst breite Teilhabe an diesem Erfolg Akzeptanz generieren. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat vielen das Zutrauen in die Erfolgsträchtigkeit der Marktwirtschaft zurückgegeben – umso mehr, als der Kreis kontinuierlich wächst, der von diesem Erfolg profitiert. So lag der Anteil der Bevölkerung, der die eigene wirtschaftliche Lage als schlecht oder eher schlecht bewertet, in den letzten zwanzig Jahren noch nie so niedrig wie heute (11 Prozent). Erstmals seit Jahren stuften sich 2011 auch mehr Menschen als Wohlstandsgewinner denn als Verlierer ein: Noch 2006 zogen 37 Prozent die Bilanz, dass es ihnen wirtschaftlich schlechter ginge als fünf Jahre zuvor, Ende letzten Jahres noch 25 Prozent. Umgekehrt nahm der Anteil der Wohlstandsgewinner von 19 auf 27 Prozent zu. Die Bürger hoffen auf eine Fortsetzung dieses Erfolgs der letzten Jahre und sind mit großer Mehrheit auch überzeugt, dass dies wirtschaftliches Wachstum voraussetzt, das sie wiederum in hohem Maße mit einem marktwirtschaftlichen System verbinden.

Schaubild 5

Tabelle A 6

Der wirtschaftliche Aufschwung hat das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft wiederhergestellt und den Rückhalt für das System gestärkt, der zuvor beunruhigend erodiert war. Zwischen 2000 und 2005 ging der Anteil der Bürger, die das Wirtschaftssystem positiv bewerten, von 46 auf 25 Prozent zurück, während der Anteil der Kritiker von 18 auf 45 Prozent anwuchs. Heute bewerten wieder 48 Prozent das deutsche Wirtschaftssystem eindeutig positiv, 22 Prozent negativ. Lediglich die Anhänger der Linken stehen dem Wirtschaftssystem überwiegend kritisch gegenüber.

Schaubild 6

Tabelle A 7

Auch die Anhänger der Linken glauben jedoch nicht, dass es eine überlegene Alternative zur Marktwirtschaft gibt. 13 Prozent der Bevölkerung, 26 Prozent der Anhänger der Linken, glauben an eine überlegene Alternative. Entsprechend sieht die große Mehrheit auch keinen Anlass, in Folge der zurückliegenden Wirtschafts- und Finanzmarktkrise oder der aktuellen Probleme in Europa das Wirtschaftssystem grundlegend in Frage zu stellen. Lediglich 16 Prozent leiten daraus die Forderung ab, das Wirtschaftssystem zur Disposition zu stellen, 61 Prozent widersprechen dezidiert.

Tabelle A 8

Vermehrte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft werden von den meisten nicht generell,

sondern selektiv unterstützt. So halten 79 Prozent eine stärkere Regulierung des Bankenwesens für notwendig, dagegen nur gut ein Drittel generell mehr staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft. Der Mehrheit ist durchaus bewusst, dass die Wurzel der europäischen Krise das Ausgabenverhalten der Staaten ist und dass die Märkte kaum eine Chance hätten, Länder mit soliden Staatsfinanzen in die Enge zu treiben.

Tabelle A 9

Tabelle A 10

Die bemerkenswert weite Zustimmung zu einer pauschalen Systemkritik gründet damit nicht in einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem System und der Vision einer überzeugenden Alternative. Vielmehr sind viele bereit, sich aufgrund von selektiven Fehlentwicklungen unreflektiert einer Pauschalkritik anzuschließen – umso mehr, als die Menschen immer weniger gewohnt und bereit sind, fundierte Grundsatzdebatten zu führen. Das gilt auch für viele derjenigen, die aufgrund ihrer Funktion und Rolle in der Öffentlichkeit zu klarem Denken und Reden verpflichtet wären.

Anhangtabellen

Verständnis für Occupy-Demonstrationen in New York

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In letzter Zeit ist es ja in New York zu Demonstrationen gegen soziale Ungerechtigkeit und die Macht der Banken gekommen. Wie ist Ihr Eindruck: Sind die sozialen Ungerechtigkeiten und die Macht der Banken in den USA so groß, dass man dagegen demonstrieren muss, oder finden Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Muss demonstrieren	71
Finde das nicht	10
Weiß nicht, keine Angabe	19
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10082, November 2011

'Kapitalismus' und 'Marktwirtschaft' sind nicht das Gleiche

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das: Sind Kapitalismus und Marktwirtschaft das Gleiche, oder sind das unterschiedliche Dinge?"

	Bevölkerung insgesamt %
Das Gleiche	20
Unterschiedlich	60
Weiß nicht, keine Angabe	20
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086, Februar 2012

Ist die Marktwirtschaft nicht mehr zeitgemäß?

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte uns jemand: 'In ihrer derzeitigen Form passt die Marktwirtschaft nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Sehe das auch so	24
Sehe das nicht so	39
Unentschieden, keine Angabe	37
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086, Februar 2012

Assoziationen zu 'Kapitalismus' haben sich geändert

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie jetzt einmal an das Wort 'Kapitalismus' denken - es kann einem ja dazu alles Mögliche einfallen. Darf ich Ihnen mal einiges vorlesen? Sie sagen mir dann bitte, ob Sie bei 'Kapitalismus' daran denken."

	Bevölkerung insgesamt	
	1992	2012
	%	%
Auszug aus den Vorgaben		
'Ausbeutung'	66	77
'Unternehmergeist' (1992: 'Unternehmungsgeist')	80	69
'Wirtschaftskrisen'	70	64
'Fortschritt'	69	38
'Freiheit'	48	27
'Gerechtigkeit'	20	5

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5069, 10086

Die Kritik am Wirtschaftssystem sieht heute anders aus

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es gibt ja häufiger Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Hier auf dieser Liste sind einmal einige Kritikpunkte aufgeschrieben. Welche dieser Kritikpunkte halten Sie für berechtigt?"
(Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt	
	2005	2012
	%	%
Die Einkommensunterschiede sind zu groß	64	70
Die Gefahr, sozial abzusteigen, zu verarmen, ist groß	77	65
Der Leistungsdruck	61	65
Die Arbeitsplätze sind zu unsicher	82	62
Der Mensch wird nur noch als Produktionsgröße betrachtet, nicht mehr als Mensch	66	58
Die Unternehmen haben zu viel Einfluss auf die Politik	-	51
Die Marktwirtschaft fördert Egoismus und Ellenbogenmentalität	**64**	**50**
Dass es keine Arbeitsplatzgarantie gibt	56	49
Die Marktwirtschaft begünstigt die Starken, die Schwachen bleiben auf der Strecke	**62**	**48**
Für Arme und Bedürftige wird viel zu wenig getan	47	41
Der harte Wettbewerb, der viele Unternehmen gefährdet	51	38
Es ist zu viel geregelt, es gibt zu viele Vorschriften und Gesetze	66	36
Leistung lohnt sich zu wenig	**48**	**35**
Dass alles so unsicher ist, dass es zu viele Risiken gibt	**59**	**32**
Der Staat greift zu wenig in die Wirtschaft ein	19	25
Unser Wirtschaftssystem ist nicht leistungsfähig genug	**55**	**8**

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7074, 10086

Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2006	2011
	%	%
Besser	19	27
Schlechter	37	25
Keine Unterschied, keine Angabe	44	48
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7088, 10081

Meinung zum Wirtschaftssystem

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie vom Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute Meinung oder keine gute Meinung?"

	Bev. insg.	Anhänger der				
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke
	%	%	%	%	%	%
Habe gute Meinung	48	62	43	50	43	23
Keine gute Meinung	22	12	25	16	20	56
Unentschieden	30	26	32	34	37	21
	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086, Februar 2012

Grundsätzlich wird das Wirtschaftssystem von den meisten nicht in Frage gestellt

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Gibt es Ihrer Ansicht nach ein Wirtschaftssystem, das besser ist als die Marktwirtschaft, oder gibt es das nicht?"

	Bevölk. insg.	Anhänger der LINKEN
	%	%
Gibt besseres Wirtschaftssystem	13	26
Gibt es nicht	49	20
Unentschieden, keine Angabe	38	54
	100	100

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme bei uns denken: Glauben Sie, diese Probleme können wir nur lösen, wenn wir unser Wirtschaftssystem grundlegend ändern, oder sollten wir wegen so einer Krise unser Wirtschaftssystem nicht gleich grundlegend in Frage stellen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Wirtschaftssystem grundlegend ändern	16
Nicht gleich in Frage stellen	61
Unentschieden, keine Angabe	23
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086, Februar 2012

Mehr staatliche Eingriffe notwendig?

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das: Sollte der Staat angesichts der derzeitigen Krise in Zukunft stärker ins Bankenwesen eingreifen, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht notwendig?"

	Bevölk. insg.
	%
Stärker eingreifen	79
Nicht notwendig	7
Unentschieden, keine Angabe	14
	100

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sehr der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Bildblattvorlage)

	Bevölk. insg.
	%
"Meiner Meinung nach sollte der Staat Regeln für die Wirtschaft festlegen und sich ansonsten weitgehend aus der Wirtschaft heraushalten. Die Wirtschaft läuft besser, wenn der Staat so wenig wie möglich eingreift"	47
"Das sehe ich anders. Der Staat darf sich nicht darauf beschränken, der Wirtschaft Regeln vorzugeben, sondern muss die Wirtschaft auch lenken und kontrollieren. Dann läuft die Wirtschaft auch besser"	34
Unentschieden, keine Angabe	19
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10082, 10083

Hauptursache der Krise: hohe Staatsverschuldung der Mitgliedsländer

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was denken Sie: Worauf sind die derzeitigen Probleme der Euro-Zone vor allem zurückzuführen: auf die hohe Staatsverschuldung der Mitgliedsländer, oder auf das Fehlverhalten der Banken an den Finanzmärkten?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Hohe Staatsverschuldung	45
Fehlverhalten der Banken	39
Unentschieden, keine Angabe	16
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10083, Dezember 2011

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1a
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

	Gesamtdeutschland						
	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/ Grüne	DIE LINKE	Piraten-partei	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
Bundestagswahl (Zweitstimmen) 27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: 1.Halbjahr	34,5	9,5	26,5	13,5	10,5	-	5,5
2.Halbjahr	32,0	6,0	29,5	18,0	9,0	-	5,5
Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: 7.-21.Januar	34,5	5,5	27,5	18,0	8,5	-	6,0
4.-17.Februar	36,0	6,5	28,5	16,5	7,5	-	5,0
26.Feb.-13.März	36,5	6,5	29,0	15,0	8,0	-	5,0
1.-16.April	32,0	5,0	28,0	23,0	7,0	-	5,0
2.-14.Mai	33,0	5,5	27,0	22,0	6,5	-	6,0
9.-22.Mai	34,0	4,5	27,5	21,0	7,0	-	6,0
23.Mai-6.Juni	32,0	5,0	29,0	20,0	7,5	-	6,5
3.-18.Juni	34,5	4,5	27,5	21,0	7,0	-	5,5
2.-15.Juli	34,0	5,5	27,0	20,0	7,5	-	6,0
30.Juli-13.Aug.	33,0	4,5	29,0	20,0	7,5	-	6,0
12.-27.August	32,0	5,0	29,5	20,0	7,5	-	6,0
2.-16.September	33,5	5,0	28,5	19,0	8,0	-	6,0
16.-30.September	32,0	4,5	30,0	19,0	7,5	-	7,0
4.-16.Oktober	31,0	4,5	30,5	17,5	7,5	5,5	3,5
28.Okt.-11.Nov.	32,0	4,5	30,0	17,0	8,0	4,5	4,0
21.Nov.-4.Dez.	34,0	4,0	30,0	16,0	7,0	5,0	4,0
3.-15.Dezember	35,0	4,5	29,0	15,0	7,5	4,5	4,5
Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: 7.-21.Januar	35,0	4,0	29,0	16,5	7,0	4,0	4,5
4.-16.Februar	36,0	4,5	28,0	15,5	7,5	5,0	3,5

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie Allensbach

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1b
Westdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

	Westdeutschland						
	CDU/CSU %	FDP %	SPD %	Bündnis 90/ Grüne %	DIE LINKE %	Piraten-partei %	Sonstige %
Bundestagswahl (Zweitstimmen) 27.9.2009	34,7	15,4	24,2	11,5	8,3	-	5,9
2009: Jahresdurchschnitt	37,0	14,5	25,0	12,5	7,0	-	4,0
2010: 1.Halbjahr	35,5	10,0	28,0	14,5	6,5	-	5,5
2.Halbjahr	33,0	6,5	30,5	20,0	5,0	-	5,0
Jahresdurchschnitt	34,0	8,0	29,0	17,5	6,0	-	5,5
2011: 7.-21.Januar	36,0	5,5	28,5	19,5	4,5	-	6,0
4.-17.Februar	37,5	6,5	29,5	17,5	4,0	-	5,0
26.Feb.-13.März	38,0	6,5	29,5	16,0	5,0	-	5,0
1.-16.April	33,0	5,0	28,5	24,5	4,0	-	5,0
2.-14.Mai	34,0	5,5	27,5	24,0	3,5	-	5,5
9.-22.Mai	35,0	4,5	28,0	23,0	4,0	-	5,5
23.Mai-6.Juni	33,0	5,0	29,5	21,5	4,5	-	6,5
3.-18.Juni	35,5	4,5	28,0	23,0	4,0	-	5,0
2.-15.Juli	35,5	5,5	27,5	21,5	4,0	-	6,0
30.Juli-13.Aug.	34,0	4,5	29,5	21,5	4,5	-	6,0
12.-27.August	33,0	5,0	30,0	21,5	4,5	-	6,0
2.-16.September	34,5	5,5	29,0	20,5	5,0	-	5,5
16.-30.September	33,0	4,5	30,5	20,5	4,5	-	7,0
4.-16.Oktober	31,5	5,0	31,0	19,5	4,5	5,5	3,0
28.Okt.-11.Nov.	33,5	4,5	30,5	18,5	4,5	4,5	4,0
21.Nov.-4.Dez.	35,0	4,0	30,5	17,5	4,0	5,0	4,0
3.-15.Dezember	36,0	4,5	29,5	16,5	4,5	4,5	4,5
Jahresdurchschnitt	34,5	5,0	29,0	20,5	4,5	-	6,5
2012: 7.-21.Januar	36,0	4,0	29,5	18,0	4,0	4,0	4,5
4.-16.Februar	37,0	4,5	28,0	17,0	5,0	5,0	3,5

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie Allensbach

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B 1c
Ostdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

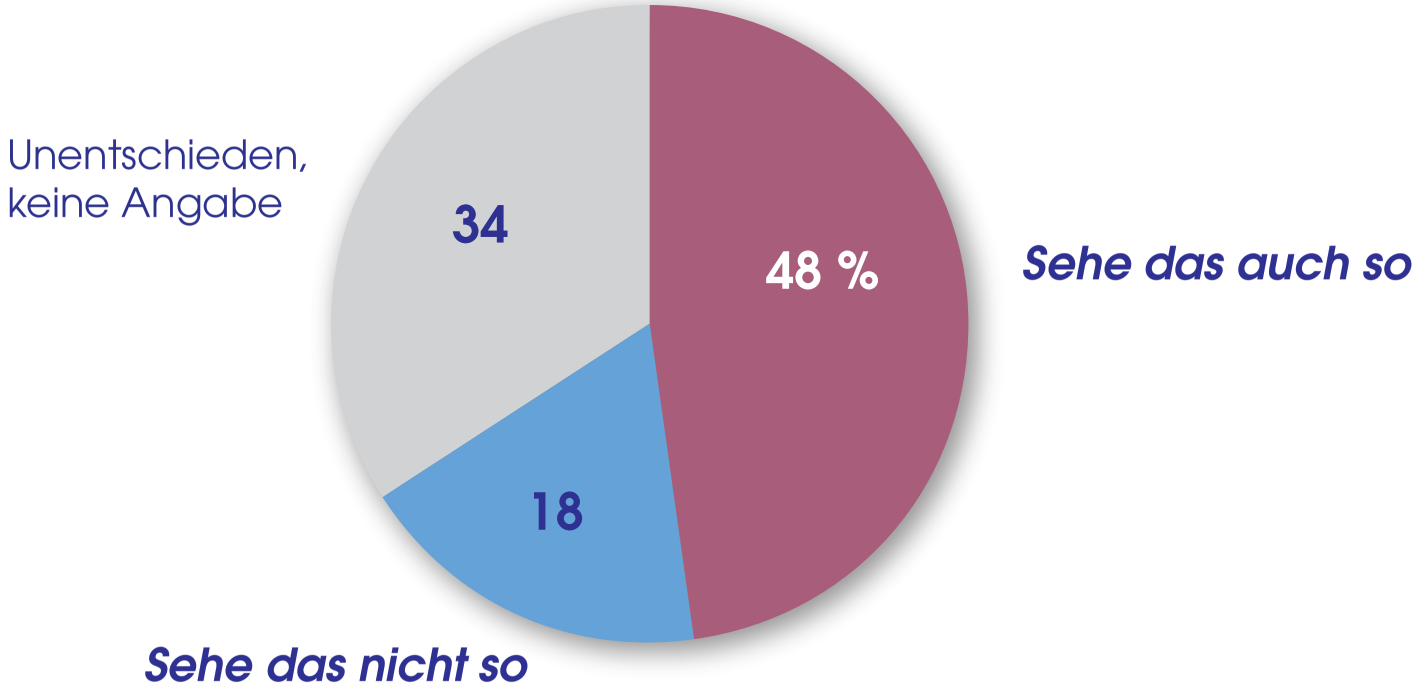
Zweitstimmen	Ostdeutschland						
	CDU/CSU	FDP	SPD	Bündnis 90/ Grüne	DIE LINKE	Piraten-partei	Sonstige
	%	%	%	%	%	%	%
Bundestagswahl (Zweitstimmen) 27.9.2009	29,8	10,6	17,9	6,8	28,6	-	6,3
2009: Jahresdurchschnitt	29,0	10,0	21,0	7,5	27,0	-	5,5
2010: 1.Halbjahr	29,0	7,5	21,5	8,5	28,0	-	5,5
2.Halbjahr	27,0	5,0	25,0	12,0	25,0	-	6,0
Jahresdurchschnitt	28,0	6,0	23,5	10,5	26,0	-	6,0
2011: 7.-21.Januar	27,0	5,0	24,0	11,5	26,5	-	6,0
4.-17.Februar	28,5	5,5	24,5	12,0	24,0	-	5,5
26.Feb.-13.März	29,0	6,0	25,5	11,0	23,0	-	5,5
1.-16.April	28,5	4,5	25,0	14,5	22,0	-	5,5
2.-14.Mai	29,0	4,5	25,5	13,5	20,5	-	7,0
9.-22.Mai	28,5	4,0	26,5	13,0	21,0	-	7,0
23.Mai-6.Juni	27,0	4,5	27,0	12,5	22,0	-	7,0
3.-18.Juni	29,0	4,0	25,0	13,0	22,0	-	7,0
2.-15.Juli	28,0	4,5	26,0	13,0	22,0	-	6,5
30.Juli-13.Aug.	29,0	4,0	25,5	13,0	22,0	-	6,5
12.-27.August	28,5	4,0	27,0	12,5	21,0	-	7,0
2.-16.September	29,5	3,5	26,5	12,0	22,0	-	6,5
16.-30.September	28,0	3,5	28,0	12,0	21,0	-	7,5
4.-16.Oktober	28,0	3,0	28,5	9,5	21,0	5,5	4,5
28.Okt.-11.Nov.	27,0	3,5	27,0	11,0	23,0	4,0	4,5
21.Nov.-4.Dez.	29,5	3,5	27,0	10,5	20,5	4,0	5,0
3.-15.Dezember	31,0	3,0	27,0	9,0	21,0	4,0	5,0
Jahresdurchschnitt	28,5	4,0	26,5	12,0	22,0	-	7,0
2012: 7.-21.Januar	29,5	3,5	28,0	9,5	21,0	4,0	4,5
4.-16.Februar	30,5	3,0	28,5	9,5	20,5	4,5	3,5

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie Allensbach

Schaubilder

Kapitalismuskritik

Frage: "Neulich sagte jemand: 'In seiner derzeitigen Form passt der Kapitalismus nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt.' Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



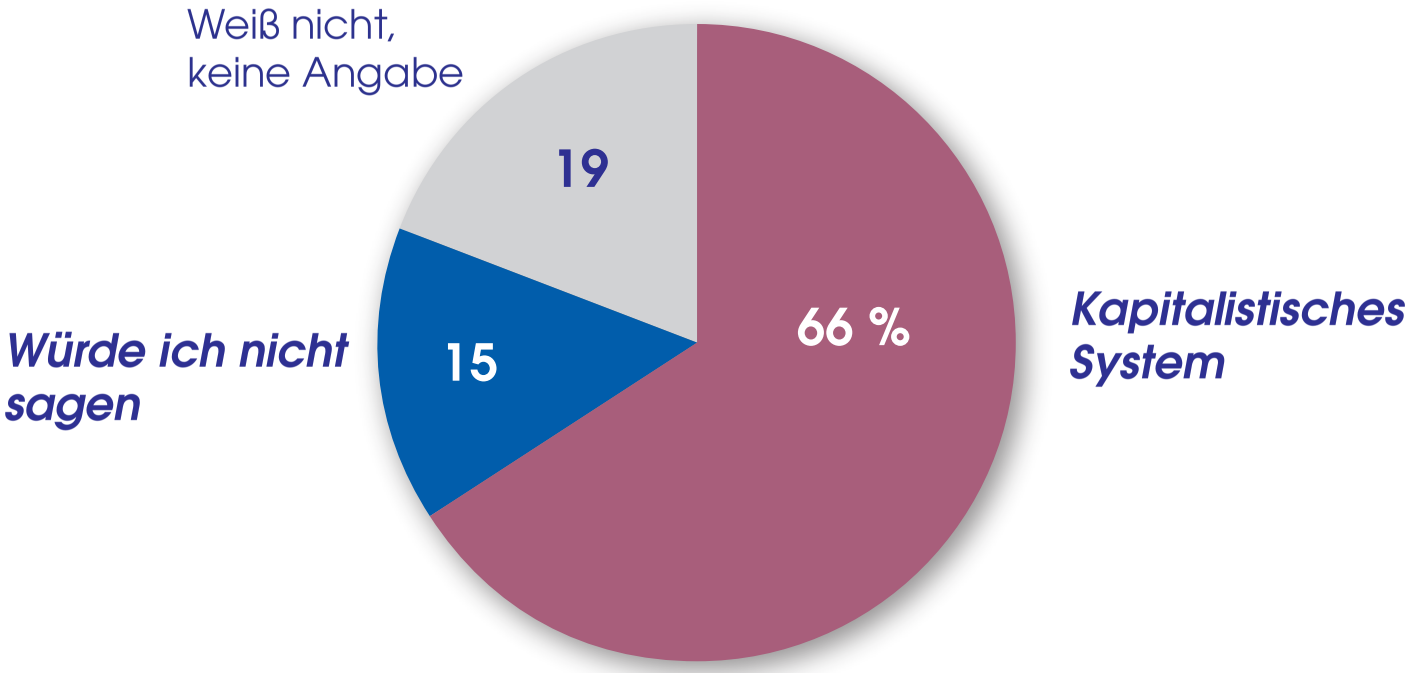
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086

© IfD-Allensbach

Schaubild 1

Kapitalistisches System?

Frage: "Würden Sie sagen, Deutschland hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, oder würden Sie das nicht sagen?"

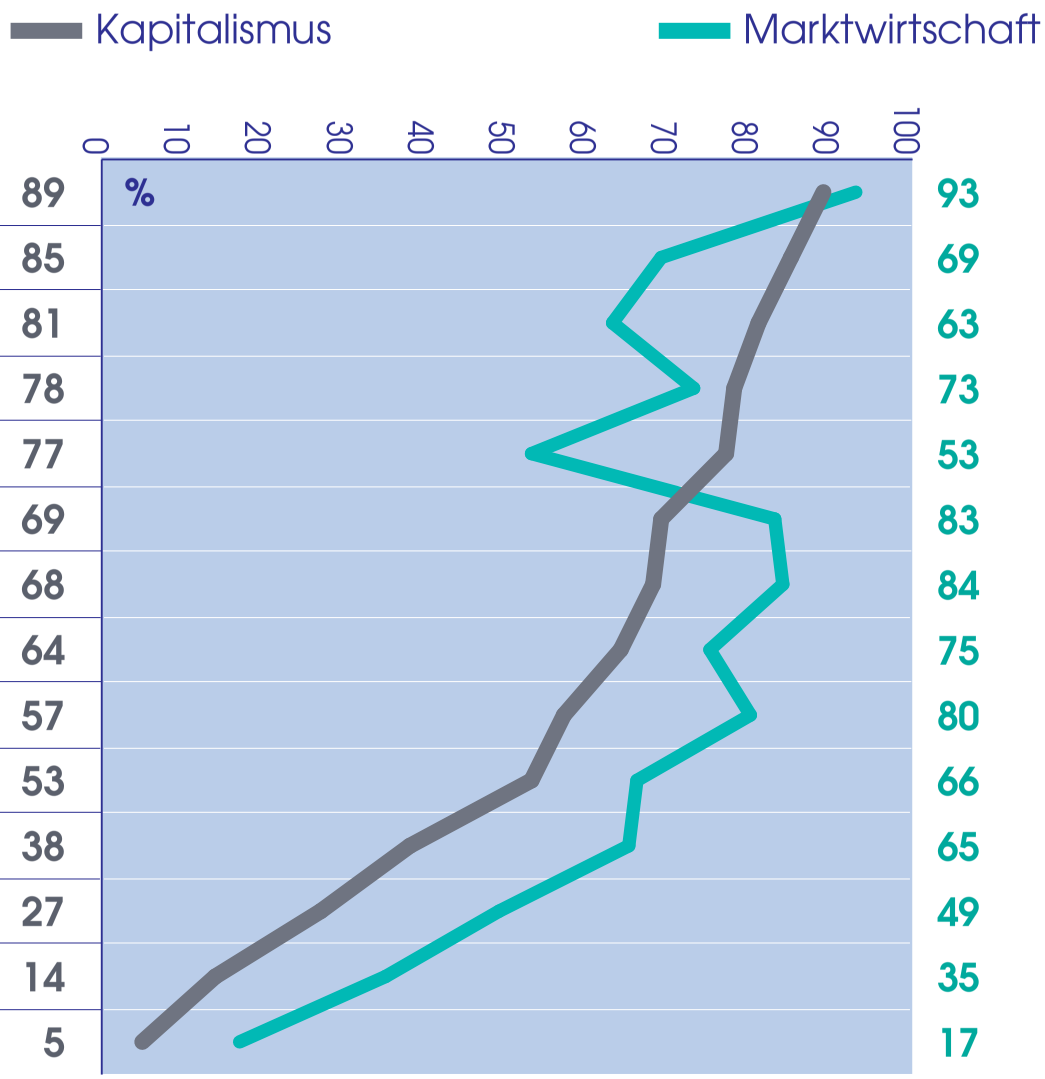


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086

© IfD-Allensbach

Assoziationen zu Kapitalismus und Marktwirtschaft

Es denken bei Kapitalismus/ Marktwirtschaft an –



	Kapitalismus	Marktwirtschaft
Gewinnstreben	89	93
Gier	85	69
Soziale Ungleichheit	81	63
Privateigentum	78	73
Ausbeutung	77	53
Unternehmergeist	69	83
Leistung	68	84
Wirtschaftskrisen	64	75
Wachstum	57	80
Wohlstand	53	66
Fortschritt	38	65
Freiheit	27	49
Verantwortungsgefühl	14	35
Gerechtigkeit	5	17

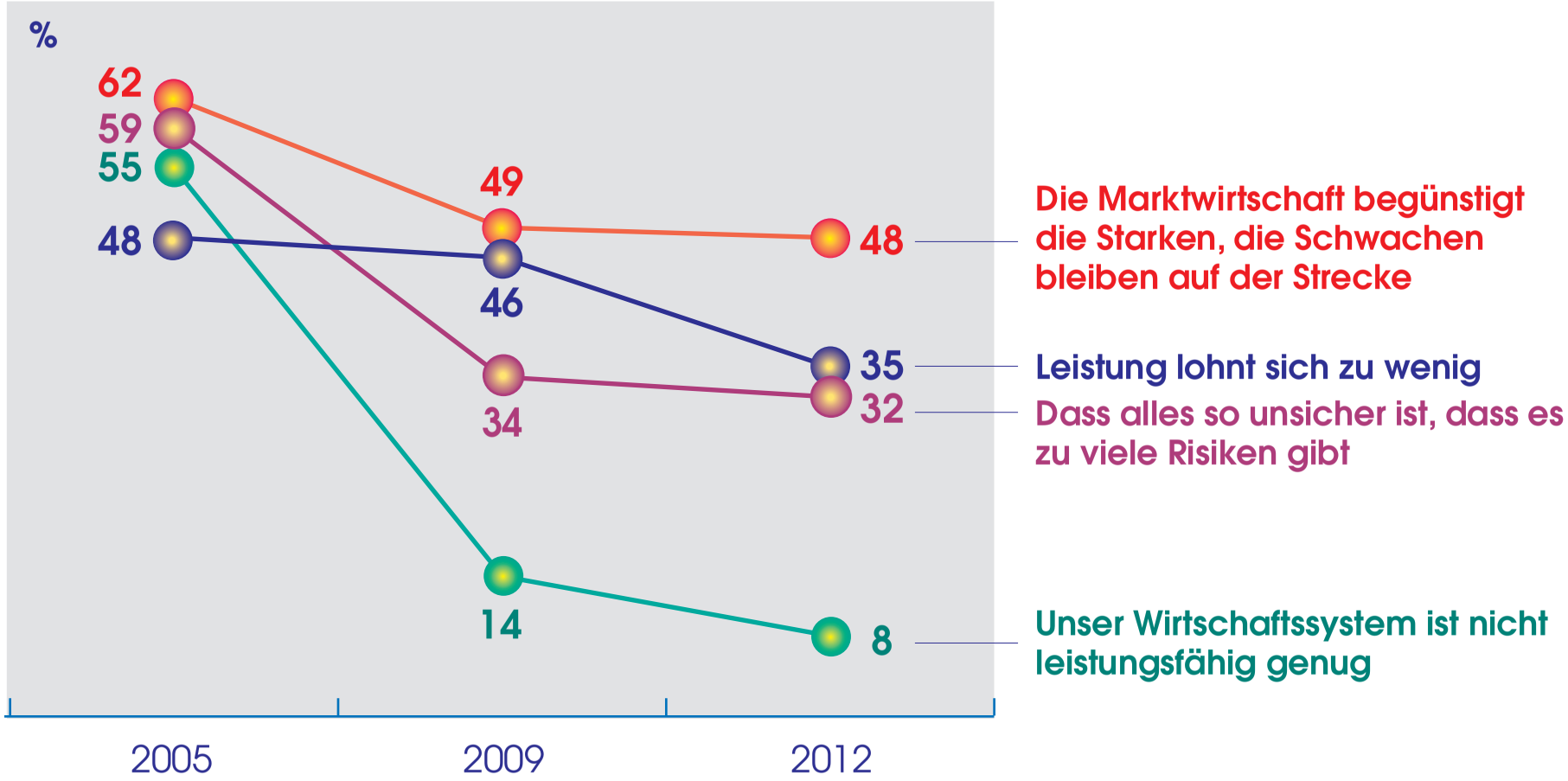
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086

© IfD-Allensbach

Schaubild 3

Kritik am deutschen Wirtschaftssystem

Frage: "Es gibt ja häufiger Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Hier auf der Liste sind einmal einige Kritikpunkte aufgeschrieben. Welche dieser Kritikpunkte halten Sie für berechtigt?"



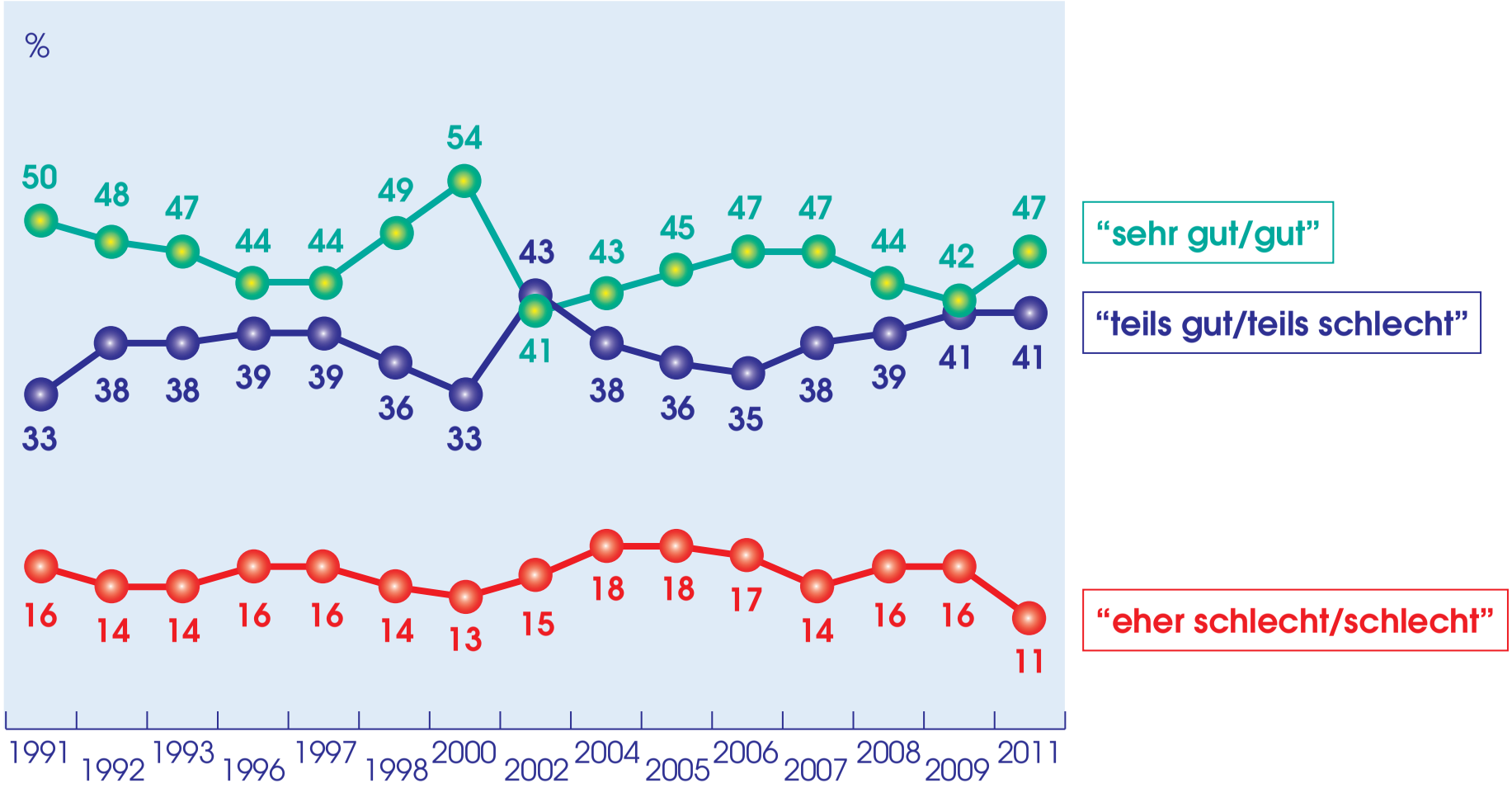
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7074, 10046 und 10086

© IfD-Allensbach

Schaubild 4

Wieder wachsende Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage

Frage: "Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10081

© IfD-Allensbach

Schaubild 5

Wachsender Rückhalt für das Wirtschaftssystem

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10086

© IfD-Allensbach

Schaubild 6

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 45
vom 22. Februar 2012, S. 5, unter dem Titel:

"Das Unbehagen am Kapitalismus.
Die Bezeichnungen des Wirtschaftssystems rufen
unterschiedliche Stellungnahmen hervor.
Die Leistungsfähigkeit des Systems hat aber
insgesamt überzeugt."

Das Unbehagen am Kapitalismus

Die Bezeichnungen des Wirtschaftssystems rufen unterschiedliche Stellungnahmen hervor. Die Leistungsfähigkeit des Systems hat aber insgesamt überzeugt.

Von Professor Renate Köcher

In den letzten Monaten gab es auffällige Signale einer neuen grundlegenden Kritik an Wirtschaft und Banken bis hin zu Zweifeln an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems. In den Vereinigten Staaten formiert sich die Occupy-Wall-Street-Bewegung; in Deutschland erklärten führende SPD-Politiker die Finanzmärkte zu ihren eigentlichen Gegnern und die Bändigung des Finanzkapitalismus zur wesentlichen Aufgabe; in Davos überraschte Klaus Schwab, der Gründer des Wirtschaftsforums, sein Publikum mit dem Verdikt, in seiner heutigen Form passe der Kapitalismus nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt.

In der Bevölkerung treffen solche Proteste und Kritiken auf breite Zustimmung. So sind 71 Prozent überzeugt, dass die Macht der Banken und das soziale Ungleichgewicht in den Vereinigten Staaten Gegenbewegungen und Demonstrationen geradezu zwangsläufig herausfordern. Bemerkenswerter ist jedoch, dass sich fast die Hälfte der Bürger Schwabs pauschaler Kapitalismuskritik anschließt, während lediglich 18 Prozent entschieden widersprechen.

Was genau bedeutet diese Zustimmung, wogegen richtet sich das Unbehagen? In dem Wirtschaftslexikon von Gabler wird Kapitalismus als „historisierende und wertende Bezeichnung für die neuzeitlichen kapitalistischen Marktwirtschaften mit dominierendem Privateigentum an Produktionsmitteln und dezentraler Planung des Wirtschaftsprozesses" beschrieben. Aber haben die Kritiker ernsthaft im Sinn, das Privateigentum in der Wirtschaft in Frage zu stellen, einer zentralen Planung der Wirtschaft das Wort zu reden und die auf freiem Unternehmertum fußende Marktwirtschaft zur Disposition zu stellen?

Für die große Mehrheit der Bevölkerung sind Kapitalismus und Marktwirtschaft nicht das Gleiche. Entsprechend fällt die Reaktion auf pauschale Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems sehr unterschiedlich aus, je nach dem ob der Begriff Kapitalismus oder aber Marktwirtschaft eingesetzt wird. Während 48 Prozent zustimmen, der Kapitalismus sei in seiner heutigen Form nicht mehr zeitgemäß, fällen nur noch, aber immerhin 24 Prozent über die Marktwirtschaft dieses Urteil. Bemerkenswert ist die große Unsicherheit in der Beantwortung dieser Frage: Lediglich 39 Prozent widersprechen dezidiert, 37 Prozent sind unschlüssig. Und obwohl die große Mehrheit zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft Unterschiede sieht, steht für 66 Prozent außer Frage, dass das deutsche Wirtschaftssystem ein kapitalistisches System ist.

Auch die Assoziationen zu Kapitalismus ähneln in weiten Teilen den Gedanken, die die Bürger mit Marktwirtschaft verbinden. Die große Mehrheit assoziiert mit beiden Begriffen Gewinnstreben, Gier, soziale Ungleichgewichte, jedoch auch Privateigentum, Unternehmergeist und Leistung, ebenso Wirtschaftskrisen, aber gleichzeitig Wachstum und Wohlstand. Kapitalismus wird mehr als die Marktwirtschaft mit sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und Gier assoziiert, Marktwirtschaft stärker mit Fortschritt, Freiheit, Wachstum und Verantwortungsgefühl.

In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich die Verbindungen mit beiden Begriffen, besonders ausgeprägt aber mit dem Kapitalismus verändert. 1992, als die Erinnerung an die Rivalität von Kapitalismus und Sozialismus noch lebendig war, assoziierten 48 Prozent der Bürger Kapitalismus mit Freiheit, heute nur noch 27 Prozent. Assoziationen mit Fortschritt sind im selben Zeitraum sogar von 69 auf 38 Prozent zurückgegangen, die Verbindungen mit Ausbeutung dagegen von 66 auf 77 Prozent gestiegen.

Vergegenwärtigt man sich, dass die große Mehrheit der Bevölkerung das deutsche Wirtschaftssystem durchaus als ein kapitalistisches einordnet und eine grundlegende Kritik an der Marktwirtschaft auf eine sehr diffuse Reaktion trifft, liegt es nahe, die Signale der letzten Monate als Beginn einer breiteren systemkritischen Bewegung zu deuten.

Die Bürger sehen durchaus Anlass zu Kritik. Sie beanstanden vor allem die Einkommensunterschiede, die nach Meinung von 70 Prozent zu groß sind, aber auch die Risiken, sozial abzusteigen, den Leistungsdruck und die Unsicherheit der Arbeitsplätze. Dabei wird nur begrenzt zwischen Unsicherheit und unzureichenden Garantien getrennt: 62 Prozent halten die Unsicherheit der Arbeitsplätze für zu groß, 49 Prozent kritisieren, dass es keine Arbeitsplatzgarantie wie in sozialistischen Systemen gibt. Die Mehrheit moniert auch die Veränderungen von Perspektiven und Mentalität in einem marktwirtschaftlichen System: So haben 58 Prozent den Eindruck, der Mensch werde lediglich als Produktionsfaktor Arbeit betrachtet, aber nicht als Person. 50 Prozent werfen der Marktwirtschaft vor, sie fördere Egoismus und Ellbogenmentalität. Fast jeder Zweite sieht in der Marktwirtschaft ein System, das die Starken begünstigt und in dem die Schwachen auf der Strecke bleiben.

Die Kritik am Wirtschaftssystem hat sich in den letzten Jahren verändert – allerdings in eine Richtung, die die neuen Systemkritiker eher als Nachhut einer Bewegung erscheinen lassen, die noch in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts weitaus mehr Resonanz hatte. 2005, nach den Jahren der Wachstumsschwäche, war Kritik an den Unsicherheiten eines marktwirtschaftlichen Systems wesentlich verbreiteter als heute, genauso der Vorwurf, die Marktwirtschaft fördere Egoismus, der harte Konkurrenzdruck gefährde viele Unternehmen und Leistung lohne sich zu wenig. So kritisierten 2005 59 Prozent, dieses Wirtschaftssystem sei generell zu sehr mit Risiken verbunden, heute erheben diesen Vorwurf nur noch 32 Prozent. Die Überzeugung, die Marktwirtschaft begünstige die Starken, während die Schwachen auf der Strecke bleiben, ging von 62 auf 48 Prozent zurück, die Sichtweise, dass das System Egoismus und Ellbogenmentalität fördere, von 64 auf 50 Prozent.

Vor allem in einer Hinsicht wird das Wirtschaftssystem heute von den Bürgern völlig anders beurteilt als in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts: in Bezug auf seine Leistungsfähigkeit und Effizienz. 2005, nach Jahren steigender Arbeitslosigkeit, erhoben 55 Prozent der Bevölkerung den Vorwurf, dieses Wirtschaftssystem sei nicht leistungsfähig genug, heute dagegen meinen dies nur noch 8 Prozent. Auch die Kritik, Leistung lohne sich im Rahmen dieses Systems zu wenig, ist stark zurückgegangen.

Ludwig Erhard wies einmal darauf hin, man könne kaum erwarten, dass die Menschen ein marktwirtschaftliches System grundsätzlich aufgrund seiner Freiheitsspielräume unterstützen, sondern dass der wirtschaftliche Erfolg und die möglichst breite Teilhabe daran Akzeptanz erzeugen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat vielen das Zutrauen in die Erfolgsträchtigkeit der Marktwirtschaft zurückgegeben – umso mehr, als der Kreis kontinuierlich wächst, der von diesem Erfolg profitiert. So lag der Anteil der Bevölkerung, der die eigene wirtschaftliche Lage als schlecht oder eher schlecht bewertet, in den letzten zwanzig Jahren noch nie so niedrig wie heute (11 Prozent). Erstmals seit Jahren stuften sich 2011 auch mehr Menschen als Wohlstandsgewinner denn als Verlierer ein: Noch 2006 zogen 37 Prozent die Bilanz, dass es ihnen wirtschaftlich schlechter gehe als fünf Jahre zuvor, Ende letzten Jahres meinten dies nur noch 25 Prozent. Umgekehrt nahm der Anteil der Wohlstandsgewinner von 19 auf 27 Prozent zu. Die Bürger hoffen auf eine Fortsetzung des Erfolgs der letzten Jahre und sind mit großer Mehrheit auch überzeugt, dass dies wirtschaftliches Wachstum voraussetzt, das sie wiederum in hohem Maße mit einem marktwirtschaftlichen System verbinden.

Der wirtschaftliche Aufschwung hat das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft wiederhergestellt und den Rückhalt für das System gestärkt, der zuvor beunruhigend erodiert war. Zwischen 2000 und 2005 ging der Anteil der Bürger, die das Wirtschaftssystem positiv bewerten, von 46 auf 25 Prozent zurück, während der Anteil der Kritiker von 18 auf 45 Prozent stieg. Heute bewerten wieder 48 Prozent das deutsche Wirtschaftssystem eindeutig positiv, 22 Prozent negativ. Lediglich die Anhänger der Linken stehen dem Wirtschaftssystem überwiegend kritisch gegenüber.

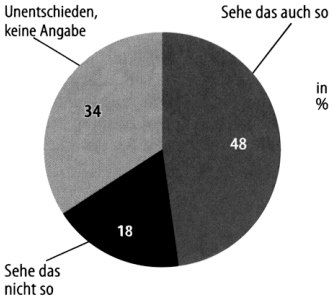
13 Prozent der Bevölkerung, 26 Prozent der Anhänger der Linken, glauben an eine überlegene Alternative. Daher sieht die große Mehrheit keinen Anlass, wegen der zurückliegenden Wirtschafts- und Finanzmarktkrise oder der aktuellen Probleme in Europa das Wirtschaftssystem grundlegend in Frage zu stellen. Lediglich 16 Prozent fordern, das Wirtschaftssystem zur Disposition zu stellen, 61 Prozent widersprechen entschieden.

Vermehrte Eingriffe des Staates in die Wirtschaft werden von den meisten nicht generell, sondern selektiv unterstützt. So halten 79 Prozent eine stärkere Regulierung des Bankenwesens für notwendig, dagegen nur gut ein Drittel ganz allgemein mehr staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft. Der Mehrheit ist durchaus bewusst, dass die Wurzel der europäischen Krise das Ausgabenverhalten der Staaten ist und dass die Märkte kaum eine Chance hätten, Länder mit soliden Staatsfinanzen in die Enge zu treiben.

Die bemerkenswert weite Zustimmung zu einer pauschalen Systemkritik gründet damit nicht in einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem System und der Vision einer überzeugenden Alternative. Vielmehr sind viele bereit, sich aufgrund von selektiven Fehlentwicklungen ohne weiteres einer Pauschalkritik anzuschließen – umso mehr, als die Menschen immer weniger gewohnt und bereit sind, Grundsatzdebatten fundiert zu führen. Das gilt auch für viele derjenigen, die aufgrund ihrer Rolle in der Öffentlichkeit zu klarem Denken und Reden verpflichtet wären.

Kapitalismuskritik

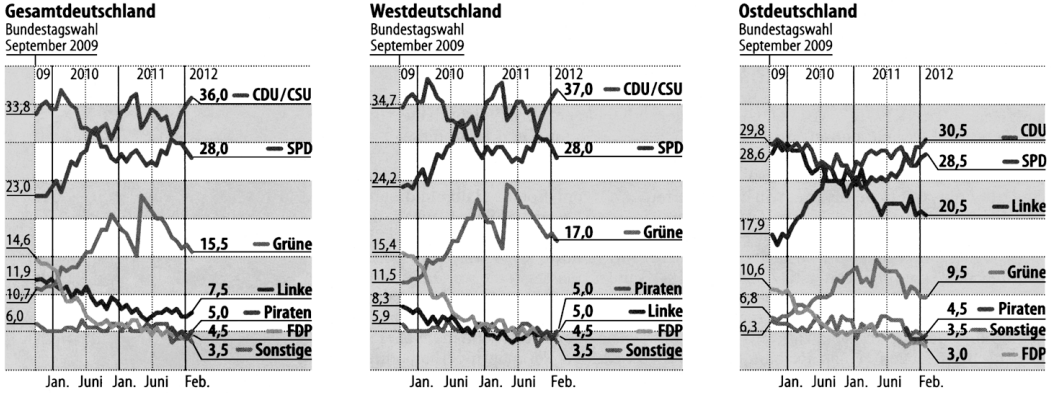
Pflichten Sie der Aussage zu, der Kapitalismus passe nicht mehr zu der Welt?



Quelle: Institut f. Demoskopie Allensbach F.A.Z.-Grafik Niebel

Die Stärke der Parteien

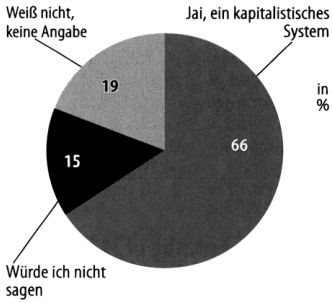
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 4. bis 16. Februar 2012. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel/Heumann

Kapitalistisches System

Hat Deutschland ein kapitalistisches System?



Quelle: Institut f. Demoskopie Allensbach F.A.Z.-Grafik Niebel